

---

## 2004

---

### Januar

14. Januar: Die Kommission nimmt die Mitteilung „Europa und die Grundlagenforschung“ an.

26. Januar: Schlussfolgerungen des Rates „Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen“ zu Afghanistan. Der Rat begrüßt die von der Loja Dschirga (Große Ratsversammlung) angenommene neue Verfassung Afghanistans und bekräftigt das umfassende Engagement der Europäischen Union für die Unterstützung des längerfristigen Wiederaufbaus Afghanistans und der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung im Interesse der Bevölkerung dieses Landes. Der Rat fordert die afghanischen Behörden auf, die günstigen Voraussetzungen zu nutzen, um bei der Wiederherstellung der Sicherheit auf dem gesamten Territorium voranzukommen.

### Februar

10. Februar: Die Kommission nimmt eine Mitteilung über die Finanzielle Vorausschau 2007-2013 an.

11. Februar: Das Europäische Parlament und der Rat erlassen eine Verordnung über Ausgleichs- und Unterstützungsleistungen für Fluggäste im Falle der Nichtbeförderung und/oder bei Annullierung oder Verspätung von Flügen. Sie verabschieden außerdem einen Beschluss über Verpackungen und Verpackungsabfälle.

23. Februar: Schlussfolgerungen des Rates „Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen“ zu Zypern: Der Rat begrüßt die Wiederaufnahme des Verhandlungsprozesses für eine umfassende Regelung des Zypern-Problems. Er betont, dass er dem Beitritt eines vereinigten Zyperns zum 1. Mai eindeutig den Vorzug gibt und die Bemühungen von Kofi Annan, eine Einigung zu erzielen, unterstützt. Ferner begrüßt der Rat die Bereitschaft der Europäischen Kommission, ihre unterstützende Aufgabe zu erfüllen, indem sie die vom Generalsekretär der Vereinten Nationen angeforderte Hilfe leistet.

Der Rat verabschiedet außerdem Schlussfolgerungen zu den Besuchen der Troika in Indien, Afghanistan und Pakistan. Darin begrüßt er die Aufnahme von Gesprächen zwischen Pakistan und Indien und die Einigung über einen Zeitplan für den strukturierten Dialog, der dazu dienen soll, zwischen beiden Seiten eine friedliche Regelung für eine Reihe von Fragen, einschließlich Kaschmir, zu erzielen. Der Rat stellt fest, dass die Europäische Union bereit ist, den Parteien auf deren Ersuchen hin jedwede geeignete Unterstützung zu leisten. Er bekräftigt ferner seine Unterstützung für die Bemühungen zur Förderung der regionalen Zusammenarbeit im Rahmen der Südasiatischen Vereinigung für regionale Zusammenarbeit (SAARC).

### März

10. März: Das Europäische Parlament und der Rat erlassen mehrere Verordnungen zum einheitlichen europäischen Luftraum und eine Richtlinie über das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten.

18. März: Gipfeltreffen zwischen der Europäischen Union und Kanada in Ottawa. Die teilnehmenden Seiten befassen sich mit zwei neuen Initiativen: der EU-Kanada-Partnerschaftsagenda und dem Entwurf eines neuen Abkommens zur Förderung des bilateralen Handels und der bilateralen Investitionen (TIEA), in dem die Bereiche und Hauptziele künftiger Verhandlungen festgelegt werden. In der Partnerschafts-

agenda werden Formen der Zusammenarbeit zwischen der EU und Kanada festgelegt, durch die Fortschritte in den Bereichen von gemeinsamem Interesse erzielt werden sollen. Bei dem neuen Abkommen stehen die neuen Herausforderungen und Möglichkeiten in den Bereichen Handel und Investitionen zwischen den beiden Seiten im Mittelpunkt. Auf der Tagesordnung stehen außerdem die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, die Lage in Afghanistan und Haiti sowie die Menschenrechte im Iran und im Nahen Osten. Ferner erörtern beide Seiten Möglichkeiten zur Förderung effektiver internationaler Governance durch die Stärkung der internationalen Institutionen.

22. März: Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien stellt einen Beitrittsantrag.

25.-26. März: Der Europäische Rat kommt zu seiner Frühjahrstagung in Brüssel unter dem Vorsitz des irischen Ministerpräsidenten zusammen. Angesichts der Terroranschläge in Spanien ruft der Europäische Rat die Staats- und Regierungschefs auf, der terroristischen Bedrohung eine klare politische Antwort entgegenzusetzen und die Kohäsionsbestrebungen der Union zu bekräftigen. Er nimmt eine Erklärung an, in der sich die Mitgliedstaaten verpflichten, bestehenden Rechtsvorschriften unverzüglich anzuwenden und die Arbeiten zur Vorbereitung weiterer Rechtsvorschriften voranzutreiben, um den Zufluss von finanziellen Ressourcen an kriminelle Vereinigungen zu unterbinden. Der Europäische Rat ernennt Herrn Gijs de Vries zum Koordinator für die Terrorismusbekämpfung und nimmt eine Erklärung zur Solidarität gegen Terrorismus an, in der sich die Mitgliedstaaten im Falle eines Terroranschlags zur gegenseitigen Solidarität und Unterstützung mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln, einschließlich militärischer Mittel, verpflichten.

In Bezug auf eine Einigung über den Verfassungsentwurf bekräftigt der Europäische Rat seinen Wunsch nach einem unverzüglichen Abschluss der Regierungskonferenz. Im Hinblick auf die wirtschaftliche, soziale und umweltpolitische Lage der Union und die in Lissabon im März 2000 festgelegten Ziele betont der Europäische Rat die Notwendigkeit, die Wettbewerbsfähigkeit sowie Forschung und Innovation zu stärken, um so den derzeitigen wirtschaftlichen Aufschwung zu unterstützen und die Beschäftigungslage in Europa zu verbessern. Gleichzeitig hebt er hervor, dass die Mitgliedstaaten die auf europäischer Ebene beschlossenen Reformen umsetzen und die auf nationaler Ebene eingeleiteten Strukturreformen fortsetzen müssen. Zur Vorbereitung der Halbzeitüberprüfung der Lissabon-Strategie im März 2005 ersucht der Europäische Rat die Kommission, eine hochrangige Gruppe unter dem Vorsitz von Wim Kok einzusetzen, die ihre Schlussfolgerungen bis zum 1. November 2004 vorlegen sollte. Bezüglich der Finanziellen Vorausschau bekräftigt der Europäische Rat seinen Wunsch, spätestens im Juni 2005 eine politische Einigung zu erzielen. Des Weiteren nimmt er eine Reihe von Erklärungen zur internationalen Lage, insbesondere zu Zypern, zum Kosovo und zum Nahost-Friedensprozess sowie Schlussfolgerungen zur strategischen Partnerschaft der Union mit dem Mittelmeerraum und dem Nahen und Mittleren Osten an.

## April

1. April: Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem regelmäßigen Bericht 2003 der Kommission über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt. Das Europäische Parlament würdigt die zahlreichen Reformen, die von der Türkei in Angriff genommen wurden, um die Kopenhagener Kriterien zu erfüllen, ist jedoch der Ansicht, dass weitere Bemühungen erforderlich sind und dass noch in vielen Bereichen Reformen durchgeführt werden müssen. Es verweist darauf, dass der Einhaltung der politischen Kriterien die oberste Priorität eingeräumt werden muss, bevor Verhandlungen über die Übernahme der EU-Rechtsvorschriften durch die Türkei in die Wege geleitet werden. Es missbilligt es den fortdauernden Einfluss der Armee auf das politische Leben, die Wirtschaft, Kultur und Bildung sowie die Folterpraktiken, Misshandlungen und Einschüchterungen gegenüber Verfechtern der Menschenrechte, die Diskriminierung religiöser Minderheiten und die Tatsache, dass die Gewerkschaftsfreiheit nach wie vor noch nicht umfassend garantiert ist. Schließlich ersucht das Parlament die Türkei, unverzüglich die ausstehenden Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte umzusetzen, vor allem im Hinblick auf die Wiederherstellung des Eigentumsrechts in Zypern und den Abzug ihrer Truppen aus dem Norden der Insel, denn es ist der Ansicht, dass die Lösung des Zypernkonflikts eine unabdingbare Voraussetzung für Fortschritte hinsichtlich der EU-Beitrittskandidatur der Türkei bleibt.

Am selben Tag befürwortet das Parlament die langfristig vorgesehene Aufnahme Kroatiens in die Europäische Union und macht die Anstrengungen deutlich, die von Kroatien noch geleistet werden müssen. In diesem Zusammenhang empfiehlt es dem Rat, die kroatischen Behörden zu unterstützen.

15. April: Die Kommission nimmt einen Vorschlag für eine Richtlinie über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem an.

17.-18. April: Sechstes Europa-Asien-Treffen (ASEM) im irischen Kildare. Im Mittelpunkt der Tagung stehen Diskussionen zum Thema Reform und Stärkung des multilateralen Systems, zu dem die Minister eine gemeinsame Erklärung verabschieden. Weitere Beratungsgegenstände sind die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, die Bekämpfung des Terrorismus, die Situation auf der koreanischen Halbinsel, im Irak, im Nahen Osten und in Myanmar sowie die Erweiterung des ASEM.

20. April: Die Kommission gibt eine Stellungnahme zum Beitrittsantrag Kroatiens ab. Außerdem nimmt sie Mitteilungen über die Modernisierung des Sozialschutzes, über eine proaktive Wettbewerbspolitik und über die Industriepolitik in einem erweiterten Europa an.

21. April: Das Europäische Parlament und der Rat nehmen eine Richtlinie zur Umwelthaftung an.

29. April: Das Europäische Parlament und der Rat unterzeichnen eine Richtlinie über Mindestanforderungen für die Sicherheit von Tunneln im transeuropäischen Straßennetz und nehmen das zweite „Eisenbahnpaket“ an.

Der Rat erlässt eine Verordnung zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit, mehrere Verordnungen zur Ergänzung der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik und eine Richtlinie zur Entschädigung für Opfer von Straftaten.

## Mai

1. Mai: Inkrafttreten des Vertrags von Athen über den Beitritt der zehn neuen Mitgliedstaaten Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern.

12. Mai: Die Kommission nimmt ein Weißbuch zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse an.

17. Mai: Der Rat verabschiedet eine Gemeinsame Aktion zur Unterstützung von Aktivitäten im Rahmen des Fonds für nukleare Sicherheit der IAEO über die Durchführung von Maßnahmen im Rahmen der Strategie der EU gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen sowie eine gemeinsame Aktion betreffend die Unterstützung der Europäischen Union beim Aufbau einer Integrierten Polizeieinheit in der Demokratischen Republik Kongo.

21. Mai: Gipfeltreffen Europäische Union-Russland in Moskau. Beide Seiten unterzeichnen ein bilaterales Abkommen über Handelsbestimmungen im Hinblick auf den Beitritt der Russischen Föderation zur Welthandelsorganisation. In den Gesprächen geht es um den Preis des Erdgases und um das Kyoto-Protokoll, wobei Präsident Putin den Wunsch der Russischen Föderation unterstreicht, den Prozess der Ratifizierung dieses Protokolls zu beschleunigen. Außerdem wird die Schaffung „gemeinsamer Räume“ als Rahmen für die Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Seiten besprochen. Weitere Themen sind die Lage in Tschetschenien, die Menschenrechte, der Abschluss bilateraler Grenzabkommen zwischen der Russischen Föderation und Lettland bzw. Estland, die russische Enklave Kaliningrad und internationale Fragen.

25. Mai: Besuch des bosnischen Premierministers Adnan Terzic in Brüssel. Terzic trifft mit Kommissar Patten zusammen, um über die Fortschritte Bosniens und Herzegowinas bei der Umsetzung der von der Kommission im November 2003 festgelegten Reformen zu sprechen.

28. Mai: Gipfeltreffen Europäische Union-Lateinamerika und karibischer Raum in Guadalajara (Mexiko). Im Bereich Politik sprechen sich die Staats- und Regierungschefs dafür aus, ihre Zusammenarbeit zu verstärken. Sie bringen ferner ihren Willen zum Ausdruck, auch Maßnahmen für eine regionale und subregionale Integration zu ergreifen, die es Lateinamerika ermöglichen würden, auf der internationalen Bühne eine einflussreichere Rolle zu spielen. In diesem Zusammenhang erkennen sie den Abschluss eines Assoziierungsabkommens zwischen der Europäischen Union und Mittelamerika sowie zwischen der Europäischen Union und der Andengemeinschaft als ein gemeinsames strategisches Ziel an. Im Bereich Handel und Wirtschaft stellen die Seiten die bisher erreichten Fortschritte heraus und unterstreichen das Endziel der Handelsverhandlungen: auf der Grundlage einer schrittweisen und beiderseitigen Liberali-

sierung des Handels nach den Regeln des GATT und/oder der Welthandelsorganisation (WTO) einen besseren effektiven Zugang zu ihren jeweiligen Märkten zu erreichen. Im Bereich der Zusammenarbeit verpflichten sich die Staats- und Regierungschefs, die Anstrengungen zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts und zur Verringerung der Ungleichheiten zu erhöhen und wiederholen in der abschließenden politischen Erklärung das Millenniumsziel, die absolute Armut in der Welt bis zum Jahr 2015 zu halbieren. Am Rande des Gipfels findet eine Ministerkonferenz der Handelsminister des Gemeinsamen Marktes der Länder im Süden Lateinamerikas (Mercosur) und der Kommissionsmitglieder statt, um die Verhandlungen im Hinblick auf ein Assoziierungs- und Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und dem Mercosur voranzutreiben. Zwei Treffen zwischen der EU-Troika und Mexiko einerseits und zwischen der EU-Troika und Chile andererseits finden ebenfalls parallel statt.

### Juni

10.-13. Juni: Wahlen zum neuen Europäischen Parlament. Stärkste Fraktion wird die EVP-ED (Europäische Volkspartei und europäische Demokraten) mit 268 Mitgliedern, zweitstärkste Fraktion die SPE (Sozialdemokratische Partei Europas) mit 200 Mitgliedern. Die ALDE (Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa) ist mit 88 Mitgliedern, die Verts/ALE (Grüne/Freie Europäische Allianz) mit 42 Mitgliedern, die GUE/NGL (Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke) mit 41 Mitgliedern, die ID (Fraktion Unabhängigkeit und Demokratie) mit 33 Mitgliedern und die UEN (Union für das Europa der Nationen) mit 27 Mitgliedern vertreten. 33 Mitglieder des Parlaments sind fraktionslos.

14. Juni: Schlussfolgerungen des Rates „Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen“ zu Afghanistan. Der Rat bekräftigt sein Engagement für die Vision eines sicheren, stabilen, freien, gedeihenden und demokratischen Afghanistans und wiederholt die dieses Jahr bereits auf der Konferenz von Berlin gegebene Zusage der Europäischen Union, die Wahlbehörden und die afghanische Übergangsbehörde zu unterstützen, um sicherzustellen, dass die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Einklang mit den Grundsätzen des Bonner Abkommens vom Dezember 2001 abgehalten werden können.

Der Rat verabschiedet außerdem mehrere Beschlüsse betreffend die Grundsätze, Prioritäten und Bedingungen der Europäischen Partnerschaften mit den Ländern des westlichen Balkans.

16. Juni: Die Kommission nimmt eine Mitteilung über die Leitlinien für die Forschungsförderung der Europäischen Union an.

17.-18. Juni: Der Europäische Rat trifft in Brüssel zusammen. Die Staats- und Regierungschefs erzielen auf der Grundlage eines Kompromissvorschlages der irischen Ratspräsidentschaft Einvernehmen über den Vertrag über eine Verfassung für Europa.

22. Juni: Gipfeltreffen Europäische Union-Japan in Tokio. Gesprächsthemen sind vor allem Frieden und internationale Sicherheit, insbesondere die Verstärkung der Abrüstung und die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, aber auch die Kontrolle konventioneller Waffen. Ferner wird die Lage in Nordkorea, Terrorismusbekämpfung, Investitionsförderung zwischen den beiden Volkswirtschaften und die Zusammenarbeit beider Seiten im Hinblick auf die geistigen Eigentumsrechte diskutiert. Am Rande des Gipfels findet ein Rundtischgespräch EU-Japan zu Handelsfragen statt.

26. Juni: Gipfeltreffen Europäische Union-Vereinigte Staaten in Dromoland Castle (Irland). Die Gesprächspartner beraten über die beiderseitigen wirtschaftlichen Beziehungen, die Lage im Irak, im Sudan und im Nahen Osten, die Terrorismusbekämpfung und die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, wobei die Seiten zu der letzteren Frage eine gemeinsame Erklärung annehmen. Thema des Treffens ist außerdem der Kampf gegen das Aids-Virus. Im wirtschaftlichen Bereich verpflichten sich beide Seiten, sich für einen positiven Ausgang der WTO-Verhandlungen einzusetzen und die Hemmnisse für den transatlantischen Handel abzubauen. Im Hinblick auf die internationalen Beziehungen bekräftigen sie in gemeinsamen Erklärungen ihr gemeinsames Engagement für die Unterstützung des irakischen Volkes und der Übergangsregierung in ihren Bemühungen, ein freies, sicheres und demokratisches Land aufzubauen, bekunden ihre Unterstützung für die Entwicklung und Demokratisierung des Mittleren Ostens und bringen ihre Sorge hinsichtlich der humanitären Lage in Darfur (Sudan) zum Ausdruck. Darüber hinaus legen die EU und die USA unter Hinweis auf die Bekämpfung des Terrorismus eine umfangreiche Liste von Zielen fest, die über den Dialog und Maßnahmen auf allen Ebenen erreicht werden sollen.

Schließlich unterzeichnen beide Seiten einen Vertrag über die Interoperabilität zwischen dem US-amerikanischen Satellitennavigationssystem GPS und dem europäischen Galileo-System.

29. Juni: Der Rat ernennt Manuel Barroso zum designierten Präsidenten der künftigen Kommission und verlängert das Mandat von Javier Solana als Generalsekretär des Rates und Hoher Vertreter für die GASP.

## **Juli**

12./13. Juli: Schlussfolgerungen des Rates „Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen“ zu Afghanistan. Der Rat begrüßt den vom Gemeinsamen Wahlbeobachtungsgremium angekündigten Beschluss, am 9. Oktober 2004 Präsidentschaftswahlen in Afghanistan abzuhalten.

14. Juli: Die Kommission nimmt eine neue Mitteilung über die Finanzielle Vorausschau 2007-2013 und eine Reihe damit in Zusammenhang stehender Legislativvorschläge sowie einen Vorschlag für einen Beschluss über das künftige Eigenmittelsystem an.

20.-23. Juli: Konstituierende Plenartagung des im Juni neu gewählten Parlaments. Der Spanier Josep Borrell Fontelles (SPE) wird im ersten Wahlgang zum Präsidenten des Europäischen Parlaments gewählt.

## **September**

13. September: Der Rat „Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen“ verabschiedet Schlussfolgerungen zum Irak. Der Rat verurteilt nachdrücklich die anhaltenden Entführungen und Terrorakte im Irak und fordert das Ratssekretariat auf, die Planung einer Erkundungsmission der Europäischen Union zur zivilen Krisenbewältigung im Irak in Angriff zu nehmen.

Des Weiteren verabschiedet der Rat Schlussfolgerungen zum Sudan und zur Region Darfur. Er nimmt die Fortschritte zur Kenntnis, die die sudanesishe Regierung bei der Umsetzung der Übereinkünfte von N'djamena und Addis Abeba, beim Zugang für humanitäre Hilfsorganisationen und bei der Aufnahme von Verhandlungen mit den Krieg führenden Parteien erzielt hat, ist jedoch weiterhin besorgt über das mangelnde Engagement derselben Regierung hinsichtlich der Entwaffnung der Milizen einschließlich der Janjaweed-Milizen und allgemein was die Einhaltung der Resolution 1556 (2004) des VN-Sicherheitsrates angeht. Der Rat bekräftigt seine Unterstützung für die Einsetzung einer internationalen Untersuchungskommission, die die Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Rechts untersuchen und feststellen soll, ob Akte des Völkermords begangen worden sind.

Außerdem werden Schlussfolgerungen zum Belarus, zur afrikanischen Region der Großen Seen und zum ASEM verabschiedet und ein Beschluss über die Grundsätze, Prioritäten und Bedingungen der Europäischen Partnerschaft mit Kroatien gefasst.

16. September: Entschließung des Europäischen Parlaments zur Lage in Birma und zum Asien-Europa-Treffen (ASEM). Das Parlament bedauert die Entscheidung der EU-Außenminister, die Teilnahme Myanmars am vom 7. bis 9. Oktober 2004 in Hanoi stattfindenden ASEM zuzulassen.

27. September: Die Kommission nimmt eine Mitteilung über die Bekämpfung von Finanzdelikten an.

29. September: Die Kommission nimmt eine Mitteilung über die Vereinfachung der Instrumente der Außenhilfe im Rahmen der künftigen Finanziellen Vorausschau an.

## **Oktober**

4. Oktober: Der Rate verabschiedet Schlussfolgerungen zur Berücksichtigung von Umweltaspekten bei der europäischen Normung, zur wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit den USA, zur Stärkung der Gesamtkapazitäten der Europäischen Union für den Katastrophenschutz und zum Europäischen Entwicklungsfonds. Außerdem wird die Einsetzung eines Ausschusses für Sozialschutz beschlossen und ein Beschluss über die Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten gefasst.

6. Oktober: Die Kommission nimmt eine Mitteilung zum Stand des Erweiterungsprozesses an und empfiehlt die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei.

7.-9. Oktober: Fünftes Asien-Europa-Gipfeltreffen (ASEM). Die Gesprächspartner betonen die Wichtigkeit eines multilateralen Ansatzes, insbesondere im Rahmen der Organisation der Vereinten Nationen, zur Bewältigung der Bedrohungen im Zusammenhang mit Instabilität, Terrorismus, Separatismus, der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen sowie grenzüberschreitender Kriminalität. In wirtschaftlicher Hinsicht unterstreichen die ASEM-Partnerstaaten die Notwendigkeit einer stärkeren Zusammenarbeit in den Bereichen Informations- und Kommunikationstechnologien, Energie, Verkehr, Tourismus, geistiges Eigentum sowie der Verminderung der Reichtumsunterschiede zwischen den ASEM-Staaten. Darüber hinaus soll der kulturelle Dialog verstärkt werden. Des Weiteren werden Fragen in Bezug auf die Lage auf der koreanischen Halbinsel sowie die Fortsetzung des in Myanmar eingeleiteten Demokratisierungsprozesses erörtert. Parallel dazu findet eine Tagung zur Zukunft des Asien-Europa-Treffens und zu den Vorstellungen des ASEM im Hinblick auf die Zusammenarbeit, die Institution als solche sowie die Pläne bezüglich ihrer Erweiterung statt.

11. Oktober: Der Rat „Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen“ verabschiedet Schlussfolgerungen zu China, Libyen, zum Iran, zu den Terroranschlägen in Taba und Ras el Schaitani, zum Friedensprozess im Nahen Osten, zum Sudan und der Region Darfur, zur afrikanischen Region der Großen Seen, zu den westlichen Balkanstaaten und zu Indonesien und der Ukraine.

20. Oktober: Die Kommission nimmt einen Vorschlag für eine Verordnung über ein Schema allgemeiner Zollpräferenzen 2006-2008 an.

25. Oktober: Der Rat verabschiedet einen Rahmenbeschluss über strafbare Handlungen und die Strafen im Bereich des illegalen Drogenhandels.

Die Kommission nimmt eine Mitteilung über eine EU-Energieinitiative zugunsten der Entwicklungsländer an.

26. Oktober: Der Rat richtet eine Agentur für den Grenzschutz an den EU-Außengrenzen ein.

27. Oktober: Das Europäische Parlament und der Rat verabschieden eine Richtlinie zum Handel mit Emissionsrechten im Rahmen des Kyoto-Protokolls.

29. Oktober: Die Staats- und Regierungschefs der 25 EU-Mitgliedstaaten unterzeichnen in Rom den Vertrag über eine Verfassung für Europa. Damit beginnt der auf zwei Jahre angelegte Ratifizierungsprozess.

## November

4.-5. November: Der Europäische Rat trifft in Brüssel zusammen und genehmigt die Liste der designierten Mitglieder der neuen Kommission.

8. November: Gipfeltreffen Europäische Union-Indien in Den Haag. Die Seiten beschließen die Einleitung der Strategischen Partnerschaft, einigen sich auf die wichtigsten Bereiche, in denen sie enger zusammenarbeiten möchten und bestätigten offiziell die einzelnen Schritte ihres Engagements. Bis zum nächsten Gipfeltreffen Ende 2005 soll ein genauer Aktionsplan aufgestellt werden. Es wird ferner die Einführung eines besonderen Programms für den Studentenaustausch mit Indien im Rahmen von Erasmus Mundus, die Entwicklung eines Dialogs über Abrüstung und Nichtverbreitung, die Führung eines Meinungsaustauschs über Fragen der Friedenssicherung sowie die Einrichtung eines Energiepanels und eines Umweltforums beschlossen. Was den Handel betrifft, wird in den Schlussfolgerungen insbesondere die Notwendigkeit betont, Handel und Investitionen zu verstärken und eng zusammenzuarbeiten, um den Abschluss der multilateralen Verhandlungsrunde in der WTO zu gewährleisten.

11. November: Parlamentarische Ratifikation des Vertrags über eine Verfassung für Europa in Litauen.

17. November: Entschließung des Europäischen Parlaments zu der militärischen Operation „Althea“ der Europäischen Union in Bosnien und Herzegowina. Das Parlament begrüßt die neue umfassende Vor-

gehensweise der Europäischen Union in Bosnien und Herzegowina, die die Operation „Althea“ beinhaltet, und vertritt die Auffassung, dass letztere die Fortschritte dieses Landes auf dem Wege zu einer eventuellen Mitgliedschaft in der Europäischen Union unterstützen sollte. Es bedauert jedoch, in die Ausarbeitung dieser Vorgehensweise nicht einbezogen worden zu sein, und dass diese Mission durch Beiträge außerhalb des ordentlichen Haushaltsplans der Europäischen Union finanziert wird. Schließlich fordert es den Rat auf, die Rolle der Überwachungsmission der Europäischen Union festzulegen und aufzuwerten, um diese zivile Komponente in die Mission „Althea“ aufzunehmen.

Das Parlament verabschiedet außerdem eine Entschließung zum Verhaltenskodex der Europäischen Union für Waffenausfuhren.

18. November: Genehmigung der Zusammensetzung der neuen Kommission durch das Europäische Parlament und ihre Ernennung durch den Rat.

22. November: Amtsantritt der neuen Kommission.

25. November: Zweites halbjährliches Gipfeltreffen Europäische Union-Russland. In den Gesprächen geht es um die Schaffung von vier gemeinsamen Räumen für die Europäische Union und Russland: eines gemeinsamen Wirtschaftsraums; eines gemeinsamen Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts; eines gemeinsamen Raums im Bereich der äußeren Sicherheit sowie eines gemeinsamen Forschungs- und Bildungsraums. Es wird vereinbart, regelmäßige Konsultationen zu Menschenrechtsfragen, einschließlich der Rechte der Minderheiten und der Grundfreiheiten, abzuhalten. Ferner kommen beide Seiten überein, im Rahmen des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens einen neuen Unterausschuss für regionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu schaffen.

Am selben Tag beginnt die Militäroperation „Althea“ in Bosnien und Herzegowina.

## **Dezember**

1. Dezember: Die Kommission nimmt eine Mitteilung zum Problem der Revision der griechischen Haushaltsdaten an.

2. Dezember: Forum Europäische Union-Westliche Balkanstaaten im Bereich Justiz und Inneres.

8. Dezember: Gipfeltreffen Europäische Union-China in Den Haag. Es werden acht Kooperationsabkommen unterzeichnet: eine gemeinsame Erklärung zu Nichtverbreitung und Waffenkontrolle, ein Abkommen über die Zollkooperation zur Erleichterung des Handels und zur Bekämpfung von Piraterie und Nachahmung, vier Finanzierungsabkommen über ein Kooperationsprogramm zur Reform des chinesischen Sozialversicherungssystems, ein Ausbildungs- und Austauschprogramm für Führungskräfte, ein Programm zur Informationsgesellschaft und ein Hochschulaustauschprogramm Erasmus Mundus, zwei sektorale Abkommen, namentlich das Euratom-Abkommen über die friedliche Nutzung der Kernforschung und ein Kooperationsabkommen in den Bereichen wissenschaftliche Forschung und Entwicklung neuer Technologien. Darüber hinaus führen die beiden Parteien einen Gedankenaustausch über Wirtschafts- und Handelsfragen. Die politischen Gespräche konzentrieren sich im Wesentlichen auf das Abkommen über die Rückübernahme illegaler Einwanderer, die Aufhebung des Waffenembargos und die Lage der Menschenrechte. Die Europäische Union fordert China auf, die Aufnahme formaler Verhandlungen über ein Abkommen zu ermöglichen, damit die Union flexibler gegen illegale Einwanderung aus China vorgehen kann. Die Union ist bereit, auf die Aufhebung des seit 1989 bestehenden Waffenembargos hinzuwirken, jedoch müsse der europäische Verhaltenskodex für Waffenexporte in diesem Fall verschärft werden. Die Vertreter der Europäischen Union würdigen im Zusammenhang mit der Frage der Menschenrechte die Fortschritte Chinas im wirtschaftlichen und sozialen Bereich. Schließlich kommen die beiden Parteien überein, dass formale Verhandlungen aufgenommen werden müssen, um in absehbarer Zeit ein Rahmenabkommen über alle Bereiche der Zusammenarbeit und alle Fortschritte in den bilateralen Beziehungen abzuschließen.

9. Dezember: Die Kommission schlägt mehrere Aktionspläne im Rahmen der europäischen Nachbarschaftspolitik vor.

13. Dezember: Schlussfolgerungen des Rates „Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen“ zu Afghanistan. Der Rat drückt sein Wohlwollen zu den erfolgreichen Präsidentschaftswahlen aus, die am

9. Oktober 2004 in Afghanistan stattgefunden haben, und fordert die Europäische Union auf, die bevorstehenden Parlaments-, Regional- und Kommunalwahlen im Jahr 2005 aktiv zu unterstützen. Die künftige Beteiligung der Europäischen Union in Afghanistan wird sich auf die folgenden künftigen Aufgaben des Landes konzentrieren: Unterstützung des Demokratisierungsprozesses, Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, Aufbau von Polizei und Armee, Unterstützung des Wiederaufbauprozesses durch Bereitstellung finanzieller und technischer Hilfe sowie Kampf gegen Drogenanbau, -erzeugung und -handel. In diesem Zusammenhang fordert der Rat die afghanische Regierung auf, die Nationale Drogenkontrollstrategie umzusetzen und diese Frage wie auch den Kampf gegen die Korruption zu einer Schlüsselpriorität der Politik der afghanischen Regierung zu machen.

Der Rat verabschiedete außerdem Schlussfolgerungen zum Iran, der Ukraine, der Europäischen Nachbarschaftspolitik, der afrikanischen Region der Großen Seen und zum Sudan.

14. Dezember: Die Kommission nimmt eine Mitteilung zur Situation Deutschlands und Frankreichs in Bezug auf ihre Verpflichtungen im Rahmen des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit an.

15. Dezember: Das Europäische Parlament spricht sich für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei „ohne unnötige Verzögerung“ aus.

16.-17. Dezember: Der Europäische Rat kommt unter niederländischem Vorsitz zu seinem Gipfeltreffen in Brüssel zusammen. Die Staats- und Regierungschefs verständigen sich darauf, dass die Türkei ihre Fähigkeit zur Durchführung der notwendigen Reformen unter Beweis gestellt hat, und fordern sie auf, diesen Weg weiterzuverfolgen. Vor diesem Hintergrund könnten die Beitrittsverhandlungen am 3. Oktober 2005 aufgenommen werden. Darüber hinaus bekundet der Europäische Rat seine Zufriedenheit über den Abschluss der Beitrittsverhandlungen mit Bulgarien und Rumänien und geht davon aus, dass die Beitrittsverträge im Laufe des Jahres 2005 unterzeichnet werden können, um beide Länder ab 1. Januar 2007 als Vollmitglieder zu begrüßen. Auf der Grundlage des Berichts der Europäischen Kommission gelangen die Staats- und Regierungschefs ferner zu der Einschätzung, dass Kroatien die Kriterien von Kopenhagen erfüllt und befürworten daher eine Eröffnung der Beitrittsverhandlungen im März 2005. Im Bereich der Terrorismusbekämpfung begrüßt der Europäische Rat die erheblichen Erfolge, die insbesondere bei der polizeilichen Zusammenarbeit, dem Informationsaustausch und der Bekämpfung der Geldwäsche zu verzeichnen waren. Schließlich nehmen die Staats- und Regierungschefs noch verschiedene Schlussfolgerungen zu den Außenbeziehungen an, insbesondere zur Ukraine und zu den vorbereitenden Arbeiten, welche die Kommission und das Generalsekretariat des Rates zur Errichtung des zukünftigen Europäischen Auswärtigen Dienstes eingeleitet haben.

20. Dezember: Parlamentarische Ratifikation des Vertrags über eine Verfassung für Europa in Ungarn.

31. Dezember: Die Europäische Union stellt 23 Mio. Euro an humanitärer Soforthilfe für die Länder Süd- und Südasiens bereit, die Opfer der Flutkatastrophe vom 26. Dezember geworden sind.

---

## 2005

---

### Januar

7. Januar: Die Kommission nimmt einen Bericht über das Follow up der traditionellen Eigenmittel in Fällen von Betrug und Unregelmäßigkeiten an. Außerdem verabschiedet sie eine Mitteilung an das Europäische Parlament und an den Rat: „Nukleare Sicherheit und Sicherheitsüberwachung - Euratom-Aktivitäten im Jahr 2003“.

12. Januar: Entschließung des Europäischen Parlaments zum Vertrag über eine Verfassung für Europa. Das Parlament billigt den Vertrag und befürwortet rückhaltlos seine Ratifizierung. Es fordert die Mitgliedstaaten auf, die Rolle der Vertreter der Zivilgesellschaft in den Ratifizierungsdebatten anzuerkennen und ausreichende Unterstützung bereitzustellen, damit sie die aktive Teilnahme der Bürger an diesen Debatten fördern können.

In einer weiteren Entschließung begrüßt das Parlament die Wahl von Viktor Juschtschenko zum Präsidenten der Ukrainischen Republik.

13. Januar: Entschließung des Europäischen Parlaments zu Tibet. Da die Zeit des Vollstreckungsaufschubs für den buddhistischen Lama Tenzin Delek Rinpoche am 26. Januar 2005 abläuft, fordert das Parlament die chinesische Regierung nachdrücklich auf, das Todesurteil gegen diesen nach geltendem chinesischem Recht unverzüglich umzuwandeln.

Im Hinblick auf die Überprüfung des Waffenhandelsembargos gegen China durch den Rat erwartet das Parlament vom Rat und den Mitgliedstaaten dessen Aufrechterhaltung, bis die Europäische Union einen rechtsverbindlichen Verhaltenskodex für Waffenausfuhren beschlossen und die Volksrepublik China konkrete Schritte zur Verbesserung der Menschenrechtslage unternommen hat.

26. Januar: Die Kommission nimmt ihr Arbeitsprogramm für 2005 an. Dieses Programm stützt sich auf die jährliche Strategieplanung für 2005 sowie die strategischen Ziele für die kommenden fünf Jahre und legt als Priorität fest, durch eine Forcierung der Umsetzung der Lissabon-Strategie das Wachstum anzukurbeln und mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Ferner erinnert die Kommission daran, dass die politische Situation im Jahr 2005 insbesondere durch folgende Punkte geprägt wird: das langsame Wirtschaftswachstum, die Ratifizierung der Verfassung, die Verhandlungen über die Finanzielle Vorausschau und das ordnungsgemäße Funktionieren der erweiterten Union.

27. Januar: Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: „Zweiter Bericht über die Umsetzung der Binnenmarktstrategie 2003-2006“.

31. Januar: Der Rat beschließt die Unterzeichnung eines Abkommens über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Arabischen Republik Ägypten.

## Februar

1. Februar: Parlamentarische Ratifikation des Vertrags über eine Verfassung für Europa in Slowenien.

2. Februar: Mit einer gemeinsamen Aktion wird das Mandat von Herrn Francesc Vendrell als Sonderbeauftragter der Europäischen Union für Afghanistan bis zum 31. August 2005 verlängert.

Am selben Tag nimmt die Kommission eine Mitteilung für die Frühjahrstagung 2005 des Europäischen Rates an: „Zusammenarbeit für Wachstum und Arbeitsplätze – Ein Neubeginn für die Strategie von Lissabon.“

14. Februar: Die Kommission verabschiedet einen Bericht an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen zum Thema „Gleichstellung von Frau und Mann 2005“.

17. Februar: Die Kommission legt in ihrer Mitteilung eine Prüfung der finanziellen Leistungsdaten des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) sowie eine 2004 durchgeführte Halbzeitüberprüfung der Länderstrategiepapiere vor.

22. Februar: Das Europäische Parlament befürwortet den Entwurf eines Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Schweiz andererseits zur Bekämpfung von Betrug und sonstigen rechtswidrigen Handlungen, die ihre finanziellen Interessen beeinträchtigen. Ebenso stimmt es einem Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Fürstentum Andorra zu.

Am selben Tag gibt die Kommission eine positive Stellungnahme zu den Anträgen der Republik Bulgarien und Rumäniens auf Beitritt ab, fordert jedoch zugleich beide Länder auf, die Verbesserungen, die vor dem Hintergrund der politischen und wirtschaftlichen Kriterien für die Mitgliedschaft und im Zusammenhang mit der Annahme, Um- und Durchsetzung des gemeinschaftlichen Besitzstands noch erforderlich sind, energisch voranzutreiben.

24.-25. Februar: Besuch von Kommissionsmitglied Rehn, zuständig für Erweiterungspolitik, in Serbien und Montenegro.

25. Februar: Treffen der Europäischen Union und der Ukraine in Brüssel. Gesprächsgegenstand sind die Themen der Agenda „Justiz, Freiheit und Sicherheit“, einschließlich des Asylrechts und der Einwanderung.

Es wird festgestellt, dass Verhandlungen mit der Ukraine über die Vereinfachung der Visaverfahren eingeleitet werden sollten. Weitere Tagesordnungspunkte sind die organisierte Kriminalität, der Terrorismus, der Autodiebstahl, der Drogenhandel und der Menschenhandel.

28. Februar: Der Rat beschließt ein Assoziations- und Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Chile andererseits. In diesem Assoziationsabkommen ist die Intensivierung des politischen Dialogs über bilaterale und internationale Fragen von beiderseitigem Interesse, einschließlich der Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung sowie die Verstärkung der Zusammenarbeit in den Bereichen Politik, Handel, Wirtschaft und Finanzen, Wissenschaft, Technologie, Soziales und Kultur vorgesehen.

### März

1. März: Bericht der Kommission: „Jahresbericht 2003 über das Phare-Programm und die Heranführungsinstrumente für Zypern, Malta und die Türkei“.

2. März: Die Kommission stellt die wichtigsten Punkte der durch ihre Dienststellen verfassten nationalen Berichte über Ägypten, Armenien, Aserbaidschan, Georgien und Libanon vor und formuliert Empfehlungen über Aktionspläne für jedes dieser Länder.

3. März: Annahme des Gemeinsamen Beschäftigungsberichts 2004/2005 durch den Rat „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“. Dieser liefert erstmals eine Analyse der Anwendung der beschäftigungspolitischen Leitlinien durch die 25 Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Verwirklichung der Ziele der Vollbeschäftigung, der Qualität und Produktivität der Arbeitsplätze sowie des sozialen Zusammenhalts und der sozialen Eingliederung. Der Bericht analysiert zudem die Umsetzung der Empfehlungen des Rates für 2004 durch die Mitgliedstaaten.

7. März: Gemeinsame Aktion des Rates betreffend die integrierte Mission der Europäischen Union zur Stützung der Rechtsstaatlichkeit in Irak, EUJUST LEX.

8. März: Der AKP-EG-Ministerrat stimmt Änderungen der Geschäftsordnungen des AKP-EG-Ministerrates, des AKP-EG-Ministerausschusses für Handelsfragen und des AKP-EG-Botschafterausschusses zu. Diese Änderungen sind im Zusammenhang mit dem Beitritt neuer EU-Mitgliedstaaten zum Abkommen von Cotonou notwendig gewordenen.

9.-12. März: Besuch von Kommissionsmitglied Benita Ferrero-Waldner, zuständig für auswärtige Beziehungen, in Indonesien.

10. März: Entschließung des Europäischen Parlaments zu Belarus. Das Parlament verurteilt nachdrücklich die politisch motivierten Akte der Repression, die in Belarus gegen regierungskritische Personen begangen werden, wie z.B. willkürliche Festnahmen, Misshandlungen von Häftlingen oder Verschleppungen von Personen. Es fordert den Rat und die Mitgliedstaaten auf, die persönlichen Guthaben von Präsident Lukaschenko zu ermitteln und einzufrieren und die Liste der Vertreter des belarussischen Staates, die der Visumsperr unterliegen, zu erweitern. Das Europäische Parlament beschließt am selben Tag außerdem Folgemaßnahmen zur Vierten Weltfrauenkonferenz - Aktionsplattform (Peking + 10) und verurteilt das brutale Vorgehen der türkischen Polizei während der Demonstration in Istanbul anlässlich des Weltfrauentags.

11. März: Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament: „Eine Zivilluftfahrtspolitik der Gemeinschaft gegenüber der Volksrepublik China - Stärkung der Zusammenarbeit und Öffnung der Märkte“.

16. März: Die Kommission nimmt die Mitteilung „Bessere Rechtsetzung für Wachstum und Arbeitsplätze in der Europäischen Union“ an.

21. März: Besuch der Kommissionsmitglieder Benita Ferrero-Waldner, zuständig für auswärtige Beziehungen, und Peter Mandelson, zuständig für Handelsfragen, in Moskau.

29. März: Bericht der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament: „Bericht über die Arbeit des Frühwarn- und Reaktionssystems des Gemeinschaftsnetzes für die epidemiologische Überwachung und Kontrolle übertragbarer Krankheiten in den Jahren 2002 und 2003.“

31. März: Mitteilung der Kommission: „Umstrukturierung und Beschäftigung – Umstrukturierungen antizipieren und begleiten und die Beschäftigung fördern: die Rolle der Europäischen Union.“ Im Hinblick auf eine Neubelebung der Lissabon-Strategie im Sinne einer Fokussierung auf ein stärkeres und nachhaltigeres Wachstum sowie auf die Schaffung von mehr und besseren Arbeitsplätzen hält es die Kommission für notwendig, eine bessere Antizipation und Bewältigung der Umstrukturierungsprozesse zu gewährleisten. Die Kommission kündigt die Einsetzung einer internen Taskforce „Umstrukturierungen“ zur besseren Koordinierung der verschiedenen einschlägigen Politiken sowie die Einrichtung eines Forums „Umstrukturierungen“ zur Förderung der Entwicklung von Partnerschaften zwischen den staatlichen Stellen an.

## April

1. April: Inkrafttreten eines Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Regierung der Volksrepublik China über Zusammenarbeit und gegenseitige Amtshilfe im Zollbereich. Es umfasst außerdem Vorschriften in Bezug auf die gegenseitige Unterstützung der Verwaltungsstellen, um Verstößen gegen die Zollbestimmungen vorzubeugen und sie zu bekämpfen.

6. April: Die Kommission verabschiedet das Programm „Bürger/innen für Europa“ für den Zeitraum 2007-2013 zur Förderung einer aktiven europäischen Bürgerschaft. Sie nimmt außerdem die Mitteilungen über den Schutz der Freiheitsrechte sowie über die Steuerung von Migrationsströmen an.

Am selben Tag ratifiziert der italienische Senat den Vertrag über eine Verfassung für Europa. Das italienische Abgeordnetenhaus hatte die Verfassung bereits am 25. Januar verabschiedet.

12. April: Die Kommission gibt einen aktuellen Überblick über den Stand der Umsetzung der acht „Verpflichtungen von Barcelona“, die die EU 2002 im Kontext der Konferenz von Monterrey über die Entwicklungsfinanzierung eingegangen ist. Sie nimmt außerdem eine Mitteilung zur Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele an. Das Europäische Parlament fordert am selben Tag die Europäische Union auf, alles zu tun, um die Millennium-Entwicklungsziele zu erreichen. Es unterstreicht, dass die Armutsminderung durch Verwirklichung der Millennium-Entwicklungsziele und der Millenniumserklärung unzweideutig als das übergreifende Rahmenwerk für die EU-Entwicklungspolitik anerkannt werden muss. Das Parlament ist insbesondere der Ansicht, dass vielen Entwicklungsländern ihre Schulden erlassen werden müssen, wenn diese Ziele erreicht werden sollen, und fordert die Kommission auf, innovative Finanzierungsquellen für diese Länder zu sondieren. Es verweist auch auf den Gesundheits- und den Umweltschutz sowie auf die Förderung des Bildungswesens und fordert die Kommission auf, Entwicklungsfragen in den laufenden WTO-Verhandlungen stärker zu berücksichtigen.

12. April: In Anbetracht des Stands der Vorbereitungen für die Mission und im Anschluss an den Briefwechsel zwischen dem Generalsekretär/Hohen Vertreter für die GASP und dem Präsidenten der Demokratischen Republik Kongo, der die Unterstützung der kongolesischen Behörden für die Durchführung dieser Mission bestätigt, beschließt der Rat, die Polizeimission der Europäischen Union in der Demokratischen Republik Kongo einzuleiten.

13. April: Entschließung des Europäischen Parlaments zum Antrag der Republik Bulgarien auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Das Parlament nimmt die bislang von Bulgarien erzielten bemerkenswerten Fortschritte zur Kenntnis, bedauert jedoch, dass das bulgarische Parlament keine neuen Bestimmungen zu einer wirksameren Bekämpfung der Korruption in das Strafgesetzbuch aufgenommen hat. Darüber hinaus ruft es zu verstärkten Bemühungen bei der Bekämpfung des organisierten Verbrechens auf.

Das Parlament begrüßt außerdem in einer weiteren Entschließung die in Rumänien eingeleiteten Reformen sowie die von der kürzlich designierten Regierung eingegangenen Verpflichtungen zur Stärkung der Pressefreiheit, zur Verbesserung der Ausstattung der Schulen sowie zur Beteiligung am „Jahrzehnt der Integration der Roma“. Andererseits richtet es das Augenmerk Rumäniens auf einige schwerwiegende Mängel, die noch behoben werden müssen und fordert u.a. eine weitere Bekämpfung der Korruption, eine höhere Wirksamkeit der Grenzkontrollen sowie einen verstärkten Umweltschutz.

14. April: Unterzeichnung eines Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Albanien über die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt. Albanien verpflichtet sich, auf Ersuchen eines Mitgliedsstaats der Europäischen Union ohne andere als die in den Abkommen vorgesehenen Förmlichkeiten alle Staatsangehörigen dieses Landes und alle durch Albanien gereisten Staatsangehörigen von Drittländern, die die geltenden Voraussetzungen für die Einreise in das Hoheitsgebiet des ersuchenden Mitgliedsstaats oder die Anwesenheit oder den Aufenthalt in seinem Hoheitsgebiet nicht erfüllen, in sein eigenes Hoheitsgebiet zu übernehmen. Ferner sieht das Abkommen die Einsetzung von

gemischten Rückübernahmeausschüssen vor, die die Aufgabe haben, die ordnungsgemäße Anwendung der in den Abkommen enthaltenen Bestimmungen zu überwachen.

14. April: Das Parlament verurteilt die wiederholten Bombenangriffe, die in Bangladesch verübt werden (hauptsächlich auf Oppositionspolitiker, Gruppen religiöser Minderheiten, Journalisten und Vertreter von Nichtregierungsorganisationen) und zeigt sich besorgt über das Klima der Angst, das durch Machtmissbrauch seitens der muslimisch-fundamentalistischen Regierungsparteien entstanden ist.

19. April: Parlamentarische Ratifikation des Vertrags über eine Verfassung für Europa in Griechenland.

20. April: Die Kommission beschließt die Mitteilungen „Stärkung der Reaktion der EU auf Katastrophen und Krisen in Drittländern“ und „Das intellektuelle Potenzial Europas wecken: So können die Universitäten ihren vollen Beitrag zur Lissabonner Strategie leisten“.

21. April: Mitteilung der Kommission an den Rat: „Einführung einer Überprüfung der EG-Wirtschaftspolitik durch den OECD-Ausschuss EDRC neben der Studie zur Euro-Zone.“

25. April: Unterzeichnung des Beitrittsvertrages mit Bulgarien und Rumänien.

26. April: Gemeinsame Aktion des Rates zur Änderung des Mandats des Sonderbeauftragten der Europäischen Union für den Südkaukasus. Das Mandat des EU-Sonderbeauftragten wird nach Abschluss der OSZE-Grenzüberwachungsmission in Georgien geändert. Der Sonderbeauftragte soll der Europäischen Union durch ein Unterstützungsteam in Tbilissi über die Lage an der Grenze Bericht erstatten, diese fortgesetzt bewerten und außerdem zur Vertrauensbildung zwischen Georgien und der Russischen Föderation beitragen.

27. April: Die Kommission entwickelt eine neue Methode, wie die Charta der Grundrechte wirkungsvoll in die Legislativvorschläge der Kommission einbezogen werden kann. Sie schlägt vor, über die derzeitige Praxis hinauszugehen, um drei Ziele zu verfolgen: die Dienststellen der Kommission sollen in die Lage versetzt werden, systematisch und gründlich zu prüfen, ob bei der Ausarbeitung des Legislativvorschlags alle einschlägigen Grundrechte gewahrt wurden; alle Mitglieder der Kommission, insbesondere die Gruppe „Grundrechte, Bekämpfung der Diskriminierung und Chancengleichheit“, sollen die Ergebnisse dieser Prüfung nachvollziehen und eine „Kultur der Grundrechte“ vorantreiben können; für die anderen Organe und für die Öffentlichkeit sollen die Ergebnisse der von der Kommission vorgenommenen Grundrechtskontrolle besser erkennbar gemacht werden, so dass die Kommission auch bei der Rechtsetzung für die Einhaltung der Grundrechte Sorge tragen kann.

28. April: Das Europäische Parlament befürwortet ein Abkommen über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Föderativen Republik Brasilien und ein Abkommen selben Inhaltes mit den Vereinigten Mexikanischen Staaten.

Am selben Tag fasst das Parlament außerdem einen Beschluss zum Jahresbericht zu Menschenrechten in der Welt 2004 und der Menschenrechtspolitik der Europäischen Union.

## Mai

2. Mai: Gipfeltreffen Europäische Union-Japan in Luxemburg. Gegenstand der Gespräche sind die politischen und wirtschaftlichen Aspekte der Beziehungen zwischen der EU und Japan, globale Themen einschließlich des Umweltschutzes, der Katastrophenvorsorge und des demnächst in Hongkong stattfindenden WTO-Ministertreffens, sowie eine Reihe internationaler Themen wie die Beziehungen zu China, zur koreanischen Halbinsel, zu Russland, zum Iran und zum Irak.

Am selben Tag nimmt der Rat eine Gemeinsame Aktion betreffend die Beratungs- und Unterstützungsmision der Europäischen Union im Zusammenhang mit der Reform des Sicherheitssektors in der Demokratischen Republik Kongo an. Die Europäische Union richtet eine Beratungs- und Unterstützungsmision im Zusammenhang mit der Reform des Sicherheitssektors in der Demokratischen Republik Kongo unter der Bezeichnung EUSEC RD Kongo ein, um zu einer erfolgreichen Integration der Armee in der Demokratischen Republik Kongo beizutragen.

3. Mai: Die Kommission nimmt ein Grünbuch zur Finanzdienstleistungspolitik (2005-2010) an. Dieses zielt darauf ab, die Fortschritte auf dem Weg zu einem integrierten, offenen, wettbewerbsfähigen und wirtschaftlich effizienten europäischen Finanzmarkt zu konsolidieren.

10. Mai: Gipfeltreffen Europäische Union-Russische Föderation in Moskau. Unter anderem wird die Schaffung von vier „gemeinsamen Räumen“ zwischen der EU und Russland auf den Gebieten Wirtschaft, äußere Sicherheit, Freiheit, Sicherheit und Justiz sowie Bildung, Forschung und Kultur besprochen.

Am selben Tag nimmt die Kommission eine Mitteilung an den Rat und das Europäische Parlament an: „Das Haager Programm: Zehn Prioritäten für die nächsten fünf Jahre – Die Partnerschaft zur Erneuerung Europas im Bereich der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts.“ Als Prioritäten benennt die Kommission dabei im Einzelnen die Entwicklung umfassender politischer Strategien auf dem Gebiet der Grundrechte und der Unionsbürgerschaft; die Ausarbeitung eines globalen Konzepts gegen den Terrorismus; die Formulierung eines ausgewogenen Konzepts zur Steuerung der Migrationsströme; die Einführung eines integrierten Schutzes an den Außengrenzen; die Hinwirken auf die Errichtung eines gemeinsamen Asylraums; die Maximierung der positiven Auswirkungen der Migration; die Gewährleistung des Datenschutzes im Rahmen der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit; die Erarbeitung eines strategischen Konzepts zur organisierten Kriminalität; die Gewährleistung eines leistungsfähigen europäischen Rechtsraums für alle und die geteilte Verantwortung und Solidarität der Mitgliedstaaten untereinander.

11. Mai: Parlamentarische Ratifizierung des Vertrags über eine Verfassung für Europa in der Slowakei.

18. Mai: Parlamentarische Ratifizierung des Vertrags über eine Verfassung für Europa in Spanien.

Am selben Tag nimmt die Kommission eine Mitteilung an den Rat, das Europäische Parlament und den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss an: „Eine stärkere Partnerschaft zwischen EU und USA und ein offenerer Markt für das 21. Jahrhundert“. Die in der Mitteilung enthaltenen Vorschläge dienen der Vorbereitung des Gipfeltreffens EU-USA am 20. Juni 2005. Das allgemeine Ziel besteht darin, den transatlantischen Handel und die transatlantischen Investitionen auszubauen und das Wirtschaftswachstum zu fördern.

23. Mai: Die Kommission nimmt eine Mitteilung an den Rat und das Europäische Parlament zum Thema „Die Europäische Raumfahrtspolitik - Erste Ansätze“ an. Darin werden Leitlinien für die europäische Weltraumpolitik aufgestellt, die auf dem zweiten „Weltraumrat“ am 7. Juni gebilligt werden sollen.

25. Mai: Parlamentarische Ratifizierung des Vertrags über eine Verfassung für Europa in Österreich.

Am selben Tag nimmt die Kommission zwei Mitteilungen an den Rat und das Europäische Parlament an: „Entwurf einer Erklärung über die Leitprinzipien der nachhaltigen Entwicklung“ und „Unabhängigkeit, Integrität und Rechenschaftspflicht der statistischen Stellen der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft“.

26. Mai: Annahme einer Rahmenvereinbarung über die Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und der Kommission.

27. Mai: Parlamentarische Ratifizierung des Vertrags über eine Verfassung für Europa in Deutschland.

29. Mai: Gescheitertes Referendum in Frankreich zur Ratifizierung des Vertrags über eine Verfassung für Europa. Bei einer hohen Wahlbeteiligung von 69,7 % stimmen 54,9 % der Franzosen gegen die EU-Verfassung. Die Ablehnung ist zum einen als innenpolitische Kritik an der französischen Regierung zu verstehen. Zum anderen spielt bei der Wahlentscheidung die Sorge eine große Rolle, dass der Verfassungsvertrag zu wirtschaftsliberal angelegt sei und soziale Aspekte zu wenig berücksichtigt.

30. Mai: Politische Einigung im Rat „Landwirtschaft und Fischerei“ auf den Vorschlag für eine Verordnung, die einen einheitlichen Rechtsrahmen für die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik schaffen soll.

## Juni

1. Juni: In den Niederlanden scheidet das Referendum zur Ratifizierung des Vertrags über eine Verfassung für Europa. Bei einer Wahlbeteiligung von 62,8% sprechen sich 61,6% gegen den Verfassungsvertrag aus. Die niederländische Bevölkerung zeigt sich vor allem besorgt über Tempo, Reichweite und Ausrichtung der Integration. Die Frage des Türkei-Beitritts dient dabei den Verfassungsgegnern als Argument, um Wählerstimmen zu mobilisieren.

Am selben Tag nimmt die Kommission zwei Mitteilungen an: „Die öffentlichen Finanzen in der WWU – 2005“ und „i2010 - Eine europäische Informationsgesellschaft für Wachstum und Beschäftigung“.

2. Juni: Parlamentarische Ratifizierung des Vertrags über eine Verfassung für Europa in Lettland.

6. Juni: Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Anerkennung von Berufsqualifikationen. Außerdem wird von beiden Organen ein Vorschlag zur Gewährung von Gemeinschaftszuschüssen für transeuropäische Netze gebilligt.

7. Juni: Bericht des Rates „Wirtschaft und Finanzen“ an den Europäischen Rat zu den Grundzügen der Wirtschaftspolitik, die für den Zeitraum 2005-2008 für die Mitgliedstaaten festzulegen sind. Dabei werden zwei Maßnahmen besonders hervorgehoben: Die Steigerung der Fähigkeit Europas zur Schaffung von Arbeitsplätzen und die Steigerung des Produktivitätszuwachses durch einen wirksameren Wettbewerb und bessere Bedingungen für Investitionen.

10. Juni: Unterzeichnung eines Abkommens über Textilwaren zwischen der Europäischen Gemeinschaft und China.

13. Juni: Der Rat nimmt eine Verordnung an, mit der der irischen Sprache der Status einer Amts- und Arbeitssprache der Europäischen Union verliehen wird. Somit wird die Zahl der Amts- und Arbeitssprachen der EU-Organe auf 21 festgesetzt.

14. Juni: Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament zum Thema „Das UN-Gipfeltreffen 2005 – Globale Herausforderungen angehen und die Reform der Vereinten Nationen zum Erfolg führen“.

16./17. Juni: Tagung des Europäischen Rats unter dem Vorsitz des luxemburgischen Ministerpräsidenten Jean-Claude Juncker in Brüssel. Im Mittelpunkt der Beratungen stehen die Ratifizierung der EU-Verfassung und die Finanzielle Vorausschau für den Zeitraum 2007-2013. Zum Verfassungsvertrag nimmt der Rat eine Erklärung an, in der er die neue politische Situation, die nach dem negativen Ausgang der Referenden in Frankreich und in den Niederlanden entstanden ist, zur Kenntnis nimmt. Er appelliert an alle betroffenen Parteien, die Lage gemeinsam zu überdenken. Der Europäische Rat betont, dass die Fortsetzung des Ratifizierungsprozesses der EU-Verfassung in den Mitgliedstaaten nicht in Frage gestellt wird. Im ersten Halbjahr 2006 soll der Sachstand erneut bewertet werden. In Bezug auf die Finanzielle Vorausschau 2007-2013 kann der Europäische Rat keine Einigung zu erzielen und übergibt das Dossier an den neuen Vorsitz, der ab Juli 2005 durch das Vereinigte Königreich ausgeübt wird.

19. Juni: Gipfeltreffen Europäische Union-Kanada. Erörtert werden u.a. die bilateralen Beziehungen, die Reform der Vereinten Nationen im Hinblick auf den bevorstehenden UN-Gipfel und den Klimawandel.

20. Juni: Gipfeltreffen Europäische Union-USA. Erklärungen zu folgenden Themen werden verabschiedet: Verbesserung der transatlantischen wirtschaftlichen Integration; Intensivierung der Zusammenarbeit im Hinblick auf die Nichtverbreitung und die Terrorismusbekämpfung; Förderung des Friedens, der Stabilität, des Wohlstands und der verantwortungsvollen Staatsführung in Afrika; weltweite Bekämpfung von Produktpiraterie und Fälschung; Förderung der Demokratie und der Freiheit, der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte in der ganzen Welt; der 60. Jahrestag der Unterzeichnung der Charta von San Francisco; der Nahe und Mittlere Osten; die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen.

22. Juni: Die Kommission nimmt ein Grünbuch über Energieeffizienz an. Sie macht darin Vorschläge, wie bis 2020 kostenwirksam 20 % Energie eingespart werden können.

27./28. Juni: Der Rat nimmt den EU-Drogenaktionsplan 2005-2008 und eine Verordnung über ein Schema allgemeiner Zollpräferenzen (APS) für den Zeitraum vom 1. Juli 2005 bis 31. Dezember 2008 an.

29. Juni: Die Kommission nimmt eine Mitteilung zum Thema „Zivilgesellschaftlicher Dialog zwischen der EU und den Kandidatenländern“ an. Darin werden Vorschläge unterbreitet, wie der Dialog zwischen der EU, der Türkei und den übrigen Beitrittsländern aufrechterhalten werden kann.

30. Juni: Parlamentarische Ratifizierung des Vertrags über eine Verfassung für Europa in Zypern.

Am selben Tag nimmt die Kommission einen Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Errichtung einer Agentur der EU für Grundrechte und einen Vorschlag für einen Beschluss des Rates zur Ermächtigung der Agentur der EU für Grundrechte, ihre Tätigkeiten in den Bereichen nach Titel VI des Vertrags über die Europäische Union auszuüben, an.